



DR. MICHAEL ESPENDILLER MdB

Ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss,
Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss

Berichterstatter für die Einzelpläne:

- Bundesrat
- Auswärtiges Amt
- Justiz
- Verteidigung
- Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



WOLFGANG WIEHLE MdB

Ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss,
Mitglied im Verkehrsausschuss

Berichterstatter für die Einzelpläne:

- Finanzen
- Wirtschaft und Klimaschutz
- Gesundheit
- Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit, Verbraucherschutz
- Unabhängiger Kontrollrat
- Klima- und Transformationsfonds
- Bundesanstalt für Immobilienaufgaben



Alternative für Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

FOLGEN SIE UNS

- [AfDBundestag.de](https://afdbundestag.de)
- fb.com/AfDimBundestag
- [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
- youtube.com/AfDFraktionimBundestag
- instagram.com/afdimbundestag/
- tiktok.com/@afdfraktionimbundestag
- gettr.com/user/afdbundestag
- Rundbrief-Abonnement: <https://t1p.de/ycsg>

Herausgeber:

Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag
vertreten durch den Fraktionsvorstand.

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buenger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:

Fraktionsverwaltung, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Mai 2023

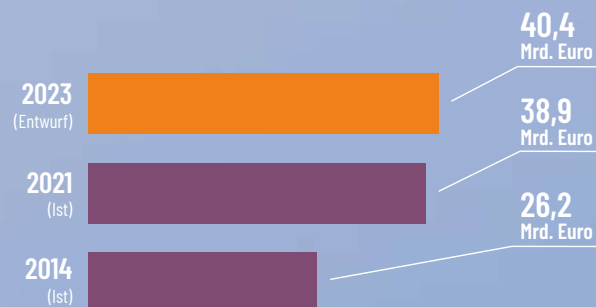
Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

VERSCHWENDUNG VON STEUERGELDERN

Jeder Euro Steuergeld muss von den Bundesbürgern hart erarbeitet werden. Gerade die Außen- und Entwicklungshilfepolitik geht verschwenderisch mit den aus den Steuern der Bürger gewonnenen Finanzmitteln um und mindert so den Wohlstand der Deutschen. Jedes Jahr wird deutsches Steuergeld in Milliardenhöhe ins Ausland überwiesen. Allein hier können zweistellige Milliardensummen eingespart werden; das würde der Bundesregierung den finanziellen Spielraum geben, um Preis- und Steuersenkungen an der Tankstelle und im Supermarkt durchzusetzen, wie von unserer Fraktion gefordert (Bundestagsdrucksache 20/3538).

Immer mehr Entwicklungshilfe

Summe der Verpflichtungen des BMZ



Grafik nach: Bundesrechnungshof, Bericht nach § 88 Absatz 2 BHO an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, Information über die Entwicklung des Einzelplans 23 (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), S. 9, 06.09.2022.

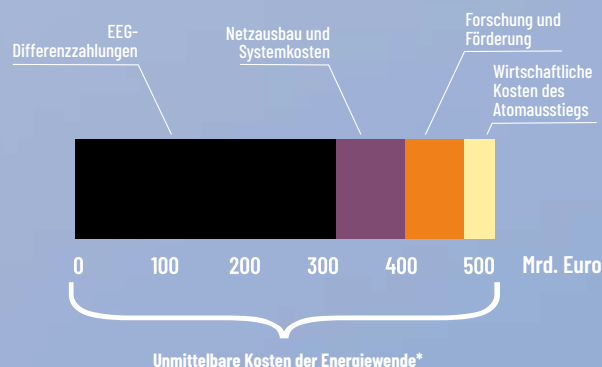
BEZAHLBARE ENERGIE UND SICHERE ENERGIEVERSORGUNG

Die planwirtschaftliche Energiewende hat in unserem Land zu einer beispiellosen Verschwendung von Haushaltsmitteln sowie zu den höchsten Strompreisen der Welt geführt. Teure Energie lässt Industrien abwandern und gefährdet den Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten.

Die AfD-Fraktion fordert daher, die Energieversorgung durch Verzicht auf die Energiewende zu sichern und zugleich Wirtschaft und Privathaushalte zu entlasten (Bundestagsdrucksache 20/35).

Kostentreiber Energiewende

Ausgaben für die Energiewende in Deutschland bis 2021



* Die direkten Gesamtkosten der Energiewende lagen bis 2021 optimistisch gerechnet bei rund 476 Milliarden Euro. Rechnet man die indirekten Kosten hinzu, betragen die Gesamtkosten der Energiewende mehr als 1000 Milliarden Euro. Quelle: tech for future, Florian Blümm, 16.01.2023.

Treuhänder des Steuerzahlers

Arbeitskreis Haushalt der AfD-Bundestagsfraktion



Alternative für Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



PETER BOEHRINGER MdB

Sprecher der AfD-Fraktion im Haushaltsausschuss, Mitglied im Unterausschuss EU

Berichterstatter für die Einzelpläne:

- Bundespräsident und Bundespräsidialamt
- Deutscher Bundestag
- Bundesverfassungsgericht
- Bundesschuld
- Allgemeine Finanzverwaltung



ULRIKE SCHIELKE-ZIESING MdB

Stellvertretende Sprecherin der AfD-Fraktion im Haushaltsausschuss, Obfrau im Rechnungsprüfungsausschuss

Berichterstatterin für die Einzelpläne:

- Ernährung und Landwirtschaft
- Arbeit und Soziales
- Familie, Frauen, Senioren und Jugend
- Bundesrechnungshof

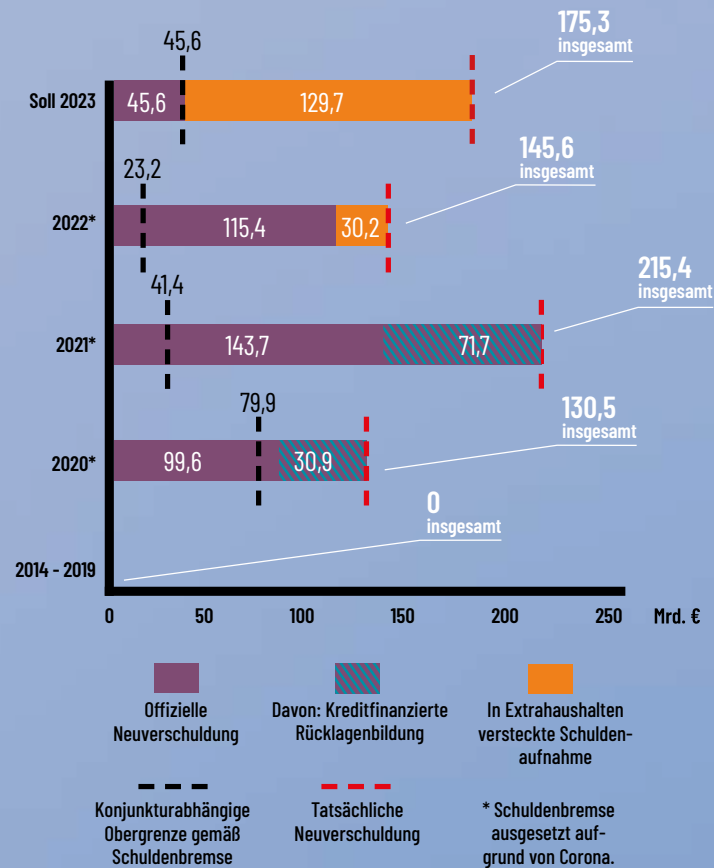
KONTROLLE DER STAATSAUSGABEN

Der Haushaltsplan der Bundesregierung umfasst jedes Jahr ein Finanzvolumen von über 500 Milliarden Euro. Auf über 3000 Seiten und in circa 6600 Einzeltiteln werden die Gelder des Bundes verbucht, sodass die Verwendung der Mittel nachvollzogen und kontrolliert werden kann.

Die AfD-Bundestagsfraktion versteht sich bei dieser Kontrollarbeit als Treuhänder des Steuerzahlers. Die Aufgabe einer echten Opposition ist es, die oft grotesk anmutende Verwendung der Steuergelder aufzudecken. Der Bund gibt seit Jahren Milliarden an Euro für Maßnahmen, Vorhaben und Projekte aus, deren Nutzen absehbar gering oder gar nicht gegeben ist, während das Geld an entscheidender Stelle fehlt. Allein die Energiewende kostet den Steuerzahler jährlich über 50 Milliarden Euro, ähnlich die ungezügelte Migration und die EU, die 40 Milliarden Euro pro Jahr verschlingt. Der Investitionsstau nur bei den deutschen Autobahnbrücken wird auf 50 Milliarden Euro geschätzt.

Unser Staat lebt in jeder Hinsicht von der Substanz und das zeigt sich auch bei den Staatsfinanzen. In den letzten Jahren hat der Bund über 600 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen. Um dies zu verschleiern, geht die Bundesregierung immer mehr dazu über, die neuen Schulden in Extrahaushalten (Sondervermögen) zu verstecken, sodass sie faktenwidrig behaupten kann, die Schuldenbremse sei noch intakt. Vieles davon widerspricht nach Ansicht der AfD-Fraktion aufgrund von kreditfinanzierter

Offizielle und tatsächliche Neuverschuldung des Bundes



Rücklagenbildung und versteckter Schuldenaufnahme unserer Verfassung (Bundestagsdrucksachen 19/22926, 19/26549 und 20/4575).

AUSUFERENDE STAATSVerschULDUNG

Die ausufernde Staatsverschuldung bringt große Probleme mit sich, denn die Kreditgeber sind nicht die Sparer, sondern die Zentralbanken. Der Staat verschuldet sich also bei sich selbst und bei den von ihm abhängigen Institutionen. Das ist das Rezept zur Hochinflation und der schnellste Weg zur Enteignung der Sparer und kleinen Leute.

Da hilft es auch nicht, dass der Etat für Soziales der größte Posten im Bundeshaushalt ist. Mittlerweile liegt die Sozialstaatsquote bei fast 35 Prozent – das bedeutet, dass mehr als ein Drittel von allem, was die Bürger in Deutschland erwirtschaften, umverteilt wird. Doch statt mehr Wohlstand erfahren die Menschen genau das Gegenteil.

Als AfD-Fraktion setzen wir uns für einen modernen Sozialstaat und vor allem für Steuersenkungen ein, um die Mittelschicht zu entlasten. Wir stellen uns gegen »Luftschloss-Projekte« – grandiose Träume, gigantische Kosten und geringste Erträge – und gegen eine Ideologie, die davon ausgeht, unser Sozialstaat stehe der ganzen Welt zur Verfügung. Gelingt es, hier eine Wende herbeizuführen, bleibt für die Bürger mehr Netto vom Brutto übrig und der Wirtschaftsstandort Deutschland wird gestärkt.



Unser Antrag

Bürgern helfen statt Luftschlösser bauen – Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Energiekrise und Inflation. Drucksache 20/3538

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/035/2003538.pdf>



MARCUS BÜHL MdB

Ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss

Berichterstatter für die Einzelpläne:

- Bundeskanzleramt
- Inneres und Heimat
- Digitales und Verkehr
- Datenschutz und Informationsfreiheit
- Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen
- Bildung und Forschung

SICHERES DEUTSCHLAND

Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich für einen konsequenten Grenzschutz und ein sicheres Deutschland (Bundestagsdrucksache 20/5362), die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere bei Bundesautobahnen, Bundesstraßen und maroden Brücken (Bundestagsdrucksache 20/2040), sowie für die Sanierung renovierungsbedürftiger Schulen und Sportstätten (Bundestagsdrucksachen 20/2599 und 20/2363) ein.

Falsche Prioritätensetzung beim Thema Sicherheit

- 1,7 Milliarden €

Kürzungen im Sicherheitsbereich plus Bevölkerungs- und Katastrophenschutz im Haushaltsjahr 2023 gegenüber dem Haushaltsjahr 2022

+ 1,63 Milliarden €

Mehrausgaben im Jahr 2023 für Integration und Migration (inklusive Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)

Quellen: Schwerpunktpapier zum Regierungsentwurf 2023 des Bundesministeriums des Innern, S. 8 und Bundesministerium der Finanzen, Drucksache 20(8)1519, S. 14. Bildnachweis: Pixabay